

Das drückende Erbe der Diktatur

Chiles Gewerkschaften sind weiter in der Defensive

Bis 1973 galt die chilenische Gewerkschaftsbewegung als eine der bestorganisierten in Lateinamerika. Die mit dem Militärputsch einsetzende Verfolgung aktiver GewerkschafterInnen, das Verbot gewerkschaftlicher Strukturen und Instrumente wie das Streikrecht, die Arbeitsgesetze des *Plan Laboral* der Diktatur und vor allem das neoliberale Modell, das die Lohnabhängigen vereinzelt, eine große Schicht vermeintlich „Selbstständiger“ schuf und individuelle statt kollektive Lösungen propagierte, schwächten die Gewerkschaften nachhaltig. Die Folge: Auch nach dem Ende der Diktatur können sie der Macht der Unternehmen nur wenig entgegensetzen.

von Jaime Sau und Iván Saldías

Die Geschichte der sozialen Bewegungen, speziell der Gewerkschaftsbewegung, in Chile pendelt zwischen Versuchen zur Erringung der Autonomie, der Vereinnahmung durch Parteien und Staat, Verboten und Vernichtung. Bis zur Gründung des Gewerkschaftsdachverbands CUT (*Central Única de Trabajadores*) im Jahre 1953 war die Bewegung sehr heterogen und von einem hohen Maß an Autonomie geprägt. Dabei ließen sich drei Strömungen beobachten: eine anarchosyndikalistische, eine christsoziale und eine kommunistisch-sozialistische. Die ständigen Versuche der Parteien, diese Autonomie zu manipulieren, scheiterten stets an der Zersplitterung der entstehenden Gewerkschaften. Eine zweite Phase der relativen Autonomie ergab sich in den Jahren, in denen Clotario Blest, ein christlicher Revolutionär, an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stand und die CUT gegründet wurde. Clotario Blest gehörte keiner Partei an. 1961 gelang es der Kommunistischen Partei im Bündnis mit der Sozialistischen Partei und der Christdemokratie, die CUT unter ihre Kontrolle zu bekommen und in ihren Transmissionsriemen zu verwandeln. Dieser Zustand dauerte bis zum Militärputsch, als die CUT verboten und viele ihrer Mitglieder und Kader ermordet wurden. Organisatorisch betrachtet zeichnete sich die Gewerkschaftsbewegung seit den 30er-Jahren durch eine Vielzahl kleiner Verbände aus. 1968 hatten die Gewerkschaften durchschnittlich 155 Mitglieder, wobei 63 Prozent weniger als 100 hatten. Viele Gewerkschaften organisierten nur die Beschäftigten eines Betriebes oder einiger weniger Unternehmen. Es galt also, sich nach Branchen zu Föderationen und Dachverbänden zusammenzuschließen und Tarifverträge für die jeweilige Branche auszuhandeln. 1968 betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad, einschließlich des öffentlichen Dienstes, 25 Prozent der ArbeiterInnenschaft. Unter der Regierung der *Unidad Popular* erreichte er 1972 37,5 Prozent. Mit dem Militärputsch wurden dann 1973 sämtliche Gewerkschaften, einschließlich des Dachverbandes CUT, verboten. Das blieb so, bis die Militärdiktatur 1978 mit dem *Plan Laboral* (Arbeitsgesetzgebung) wieder Gewerkschaften zuließ. Für die Gewerkschaften markierte der *Plan Laboral* ein „davor“ und „danach“, denn das neue, von der Diktatur aufgezwungene Arbeitsrecht atomisiert sie in höchstem Maße und

nimmt ihnen die wenigen Instrumente, die ihnen für die Organisierung zur Verfügung stehen. Die Umsetzung der neuen Arbeitsgesetze war die Voraussetzung für das neue Wirtschaftsmodell, den Neoliberalismus. In relativ kurzer Zeit gelang es damit, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf nur 13 Prozent im Jahr 1990 zu drücken, dem Jahr, ab dem wieder entsprechende Statistiken geführt werden. Der *Plan Laboral*, ganz nach den Vorstellungen und Wünschen des Großkapitals gemacht, gilt praktisch unverändert bis heute. Deshalb ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad weiter gesunken, auf 11,8 Prozent im Jahre 2012. Diese Ziffern zeigen den spektakulären Niedergang der Gewerkschaften und den entsprechenden Verlust von Verhandlungsmacht – dies erklärt zu einem Gutteil, weshalb Chile zu den Ländern mit der miserabelsten Vermögens- und Einkommensverteilung zählt.

Die Regierungszeit der *Unidad Popular* war von einem Aufschwung der sozialen Bewegungen im Allgemeinen und der Gewerkschaftsbewegung im Besonderen gekennzeichnet, eingebettet in den Aufschwung der revolutionären Kämpfe in ganz Lateinamerika. In diesen Kämpfen bewegte sich die Linke zwischen den an der damaligen Sowjetunion orientierten Parteien, die eine demokratische, bürgerliche Revolution im Sinn hatten, um die Industrialisierung und entsprechende Entwicklung des Proletariats zu erreichen, das dann für die sozialistische Revolution kämpfen sollte, und den revolutionären Strömungen, die der Auffassung waren, dass man nicht auf die Revolution warten sollte, sie vielmehr auf der Tagesordnung stehe, wie es Cuba gezeigt hätte. Zugleich führten der Vietnamkrieg, die antikolonialen Kämpfe in Afrika und der Mai '68 zur Entstehung von verschiedenen Strömungen innerhalb der sozialen und der Gewerkschaftsbewegung. Die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegungen in Lateinamerika (der Tupamaros in Uruguay, des Revolutionären Volksheeres/ERP in Argentinien, der Bewegung der Revolutionären Linken/MIR in Chile, der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront/FSLN in Nicaragua, des Nationalen Befreiungsheeres/ELN in Kolumbien) prägten den chilenischen Prozess zutiefst. Die Gewerkschaftsbewegung entwickelte sich stark und überflügelte in einigen Fällen die politischen Parteien der *Unidad Popular* bei weitem, indem sie die *Cordones Industriales* (territoriale Koordination von Fabriken – vgl. Beitrag in dieser ila) und die *Comandos Comunales* (Stadtteilorganisationen) schuf, um den von der Rechten und vom US-Geheimdienst CIA organisierten Boykott mit seinen Versorgungsengpässen zu durchbrechen. Die Fabrikbesetzungen, die Kontrolle der Belegschaften in den Betrieben, die Zusammenarbeit zwischen ArbeiterInnen und *Campesinos/as* in den *Comandos Comunales* der ärmeren Viertel waren Elemente im Aufschwung der sozialen Bewegung. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg, die UP-Regierung ging auf Forderungen der Gewerkschaften und neuen Organisationen ein und setzte Prozesse in Gang, so dass insgesamt das kapitalistische System in Frage gestellt wurde.

Die Reaktionen der chilenischen Rechten und der US-Regierung ließen nicht lange auf sich warten. Sie konspirierten und lösten den Militärputsch aus, der eines der brutalsten und blutigsten Regime in Lateinamerika an die Macht brachte. Die linken Gewerkschaften wurde verfolgt und ihre Spitze praktisch vernichtet. Sektoren, die der Christdemokratie nahestanden und den Putsch politisch unterstützt hatten, wurden eine Zeit lang toleriert. Streiks waren 15 Jahre lang ganz verboten. Bei den ab 1978 wieder möglichen

Gewerkschaftsversammlungen mussten Beamte der militarisierten Polizei der *Carabineros* anwesend sein, die Berichte für die Geheimdienste anfertigten. Das gewerkschaftliche Leben starb.

Wie bereits ausgeführt, war die Gewerkschaftsbewegung vor dem Putsch in verschiedene politische Tendenzen gespalten. Nicht alle unterstützten die Regierung von Salvador Allende. Das galt vor allem für die Sektoren unter der Kontrolle der Christdemokratie. Aber die Diktatur bekämpfte die gesamte gewerkschaftliche Basis, unabhängig von der politischen Orientierung. In dieser Situation versuchten die Parteien, die gegen die Diktatur waren, die Einheit wiederherzustellen, und gründeten 1988 die *Central Unitaria de Trabajadores*, die schon dem Namen nach keine „Einheits“gewerkschaftszentrale, sondern eine „einige“ Zentrale war, also nicht alle Gewerkschaften repräsentierte.

Das ausgehandelte Ende der Diktatur weckte neue Hoffnungen. Die Erwartungen der Bevölkerung und besonders der ArbeiterInnen waren hoch. Letztere waren von der brutalen Repression und dem neuen Wirtschaftssystem der Diktatur, das mehr Ungleichheit und den Verlust aller Rechte gebracht hatte, mehr als je zuvor in unserer jüngeren Geschichte getroffen. *La alegría ya viene* (Schon kommt die Freude) war die Parole des Plebiszits, aber für die KollegInnen kam die Freude keineswegs, denn das Modell des entfesselten Kapitalismus, das die Diktatur mit Feuer und Schwert erzwungen hatte, blieb unverändert. Insbesondere wurde die Arbeitsgesetzgebung der Diktatur beibehalten, die den Gewerkschaften keine Möglichkeit ließ und lässt, Spielräume der Macht zu erobern. So kam es zu einem historischen Bruch zwischen der Gewerkschaftsbewegung und den (vormals) linken Parteien, die es als Regierungsparteien (in der *Concertación*) nicht vermochten, zumindest die Errungenschaften aus der Zeit vor dem Putsch zurückzuerobert. Im Wesentlichen ließen sie das Wirtschaftsmodell der Diktatur unangetastet. Das bedeutete den Bruch breiter Kreise der ArbeiterInnenschaft mit der neuen CUT, denn diese ArbeiterInnen erkannten und erkennen in der Gewerkschaftszentrale die Parteien wieder, die nicht willens oder in der Lage waren, neue Arbeitsgesetze durchzusetzen, die mit dem von der Diktatur aufgezwungenen Plan Laboral brechen. Nach den herrschenden Arbeitsgesetzen kann ein Unternehmen StreikbrecherInnen einstellen, wenn eine Gewerkschaft streikt, weil kein Tarifvertrag zustandekommt. Es gibt keinen effektiven Kündigungsschutz und keine unbefristeten Arbeitsverträge. Diese Gesetze ermöglichen auch, dass es in einem einzigen Betrieb 30 und mehr Gewerkschaften gibt, die nicht die Kraft haben, Maßnahmen des Unternehmens abzuwehren.

Schauen wir uns die Entwicklung der Streiks seit Beginn der „chilenischen Art von Demokratie“ an: 1990 als es 4 525 500 Lohnabhängige gab, kam es zu 176 Streiks mit 25 010 Beteiligten, das heißt, in jenem Jahr streikten 0,55 Prozent der Beschäftigten. 2012 gab es 7 699 000 Lohnabhängige, von denen sich 30 035 an 161 Streiks beteiligten, also 0,39 Prozent. Die Anzahl der ArbeiterInnen, die von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht haben, hat in den Jahren der Demokratie also um ein Drittel abgenommen. 1990 dauerten die Streiks im Durchschnitt 15 Tage, 2012 nur 11,7 Tage, das heißt, die KollegInnen brechen ihre Streiks immer früher ab, weil sie kaum die Möglichkeit haben, den Unternehmen höhere Löhne und Gehälter abzurufen.

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ist heute hochgradig atomisiert, ohne größere Verhandlungsmacht, mit einem sehr niedrigen Organisationsgrad. Die Führung der CUT

bemüht sich, getrennt von der Basis und mit nur geringem Einfluss auf konkrete Konflikte, um winzig kleine Machtanteile. Teile der organisierten ArbeiterInnen schlagen deshalb vor, mit neuen Formen der Gewerkschaftskoordination die Einheit an der Basis herzustellen. Die Herausforderungen bleiben dieselben, egal, ob das Land von der Rechten oder vom Zentrum regiert wird. Es gilt, die Kraft zur Organisation und Mobilisierung und die Fähigkeit, politische Vorschläge zu machen, zurückzugewinnen. Andernfalls bleibt die Gewerkschaftsbewegung eine vom Aussterben bedrohte Art.

Jaime Sau und Iván Saldías sind Mitglieder der *Talleres Sindicales* (Gewerkschaftsschule), einer Organisation, die die Bildung von Gewerkschaften unterstützt und ArbeiterInnen und Gewerkschaftskader ausbildet. Übersetzt und bearbeitet von Eduard Fritsch

talleressindicales@yahoo.es

aus: ila 368, <http://www.ila-web.de/lateinamerika/home.htm>